

# Neue Allianzen gegen ausländisches Kapital

von Klaus Voll und Eric Töpfer

Die einseitige Auflösung des Enron-Energieprojektes könnte in den westlichen Industrieländern falsche Signale über einen aufkeimenden "wirtschaftlichen Nationalismus" hervorrufen. Es bleibt abzuwarten, welche Reaktionen die bislang harte, sich jedoch mit der Bereitschaft zu Neuverhandlungen etwas aufweichende Haltung gegenüber dem amerikanischen Enron-Konzern in den USA und möglicherweise in anderen Industrieländern auslöst. Die USA, der größte ausländische Investor in Indien, gingen zwischen 1991 und 1995 Vereinbarungen in Höhe von 2,75 Milliarden US-Dollar in Indien ein, allerdings flossen tatsächlich in diesem Zeitraum nur 403 Millionen Dollar Investitionen nach Indien.

Die Kritiker warfen dem amerikanischen Multi vor, hohe Schmiergelder gezahlt und die Landesregierung überverteilt zu haben. Der Vorwurf der Schmiergeldzahlungen ließ sich bisher nicht beweisen, aber angesichts der Tatsache, daß der 'World Transparency-Bericht' Indien neben China und Indonesien unter die "Länder mit hoher Korruption" einstuft, scheint der Gedanke nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Letztendlich handelt es sich bei dem Manöver der neuen Landesregierung aber mehr um einen politisch symbolischen Akt. Innerhalb des nächsten halben Jahres, spätestens Ende Juni 1996, stehen die Unterhaus-Wahlen an. Die Macht im Lande könnte neu verteilt werden. Aussichtsreicher Anwärter, die Regierung Narasimha Raos abzulösen, war bislang die BJP. In den beiden Staaten Gujarat und Rajasthan regiert sie allein. Im stark industrialisierten Maharashtra ist sie Juniorpartner der 'Shiv Sena' und im bevölkerungsreichen Uttar Pradesh lebte die von der 'Bahujan Samaj Party' (BSP) geführte Minderheitsregierung bis Mitte Oktober 1995 von ihren Gnaden (siehe auch Kurzinformationen in dieser Ausgabe). Die große Teile der BJP-Führung nervende Rhetorik der BSP gegen die Oberkasten beendete dieses, aus BJP-Sicht Experiment "sozialer Harmonie", das im Zeichen eines sozial ausgleichenden und starken Nationalismus eine reiche politische Dividende bei den Lok Sabha-Wahlen für die BJP erbringen sollte.

Der Kurs der zukünftigen Wirtschaftspolitik Indiens wird wesentliches Wahlkampfthema 1996 sein. Die Regierung Rao nahm 1991, angesichts der schweren Wirtschaftskrise und der drohenden

Zahlungsunfähigkeit Indiens, endgültig vom Modell der "mixed economy" Abschied und unterwarf Indien einem Strukturanpassungsprogramm der Weltbank. Inzwischen zeichnete sich ab, daß zwar die ca. 150 Millionen Menschen der städtischen Ober- und Mittelschichten ihre Chancen voll nutzen, große Teile der Bevölkerung aber unter dem Wegfall staatlicher Subventionen und zu hoher Preise für Produkte des täglichen Bedarfs zunehmend leiden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt immer noch kaum an der Geldwirtschaft teil. Die Schere zwischen arm und reich öff-

der eigenen Werte befürchtet. Indiens großstädtische Jugend kopiert zunehmend westliche Moden. Auch ausländische Investitionen im Konsumgüterbereich sind ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. In Bangalore fordern Gruppierungen die Schließung des Fast Food Restaurants 'Kentucky Fried Chicken'. 'Coca Cola' und 'Pepsi' werden vom früheren Industrieminister und Altsozialisten George Fernandes, der Ende der 70er Jahre 'Coca Cola' aus Indien vertrieb, als "Frontorganisationen des amerikanischen Imperialismus" beschimpft. Hindu-Nationalisten kündigten eine mas-



Rajendra Singh, Chef der hindu-nationalistischen RSS und Mitinitiator der Kampagne (Foto: Klaus Voll)

net sich weiter.

Schlagwort der Globalisierungsgegner ist "swadeshi" (Selbstversorgung). Nach dem Erfolg beim Dabhol-Projekt fordern die "swadeshi"-Befürworter des 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS, Nationales Freiwilligenkorps, dem Rückgrat der BJP) nun auch die Überprüfung anderer Energieprojekte. Es werden zu hohe Kosten, Umweltschutzargumente und mangelnder Wettbewerb bei der Auftragsvergabe angeführt. Die Erfahrungen mit der 'East India Company' sind nicht vergessen, und der historische Abstieg vom wichtigen Welthandelspartner zur Kolonie hat eine diffuse Fremdenangst hinterlassen. Vertreter der BJP fürchten gar Zustände wie in einer lateinamerikanischen Bananenrepublik.

Neben der Angst um die politische und wirtschaftliche Souveränität wird eine kulturelle Überfremdung und ein Verlust

sive Kampagne gegen die beiden Softdrink-Firmen an.

Ob die durch innere Turbulenzen in Gujarat - dort drohte trotz großer Mehrheit im Oktober die BJP-Landesregierung durch eine interne Revolte mit Ausdrucksformen aus einem Kommödianten-Stadl zu stürzen (siehe Kurzinformationen) -, erstmals innerparteilich beschäftigte BJP über die Kraft verfügen wird, die vom RSS-Supremo Rajendra Singh geforderte Kampagne gegen ausländische Investitionen im Konsumgüterbereich zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen, gilt als fraglich. Die hinsichtlich des Auslandskapitals innerparteilich gesplante BJP läuft Gefahr, in den Sumpf einer wirtschaftspolitisch alternativen "Koalition der Verlierer" gezogen und damit ihrer bislang realen Chancen, auch im Namen eines ökonomischen Nationalismus, auf Machterwerb in New Delhi beraubt zu werden.